

WAHLKREISPOST SABINE BÄTZING LICHTENTHÄLER

Hallo Wahlkreis!

Was für turbulente Tage sind das aktuell. Die Ereignisse um die Regierungsbildung durch Frau Merkel in Berlin überschlagen sich zur Zeit ja regelrecht, sodass ich nicht sicher sein kann, dass diese Zeilen, die ich heute, am 23. November, an euch schreibe, auch am Montag, den 27. November noch aktuell sind. So werden sich wohl auch einige Journalisten gefühlt haben, die am Sonntag, den 19. November abends vor dem Abbruch der „Schwampel“-Sondierungsgespräche durch die FDP schon ihre Artikel für den darauffolgenden Montag fertig hatten und dann von den Geschehnissen regelrecht überrollt wurden.



Entsprechend beschäftigt sich die vor euch liegende „Wahlkreispost“ auch vorwiegend mit politischen Themen aus Rheinland-Pfalz, wo es uns als SPD mit Malu Dreyer im Gegensatz zu Frau Merkel übrigens gelungen ist, FDP und Grüne nicht nur an einen Tisch zu bekommen, sondern auch gemeinsame Projekte zu identifizieren, auf deren Basis man eine konstruktive Koalition für unser Land bilden konnte.

Für den Bund gilt für mich, dass die SPD der Gesprächseinladung unseres Bundespräsidenten folgen muss und wird. Auch Gesprächen mit den anderen Parteien darüber, wie wir eine Lösung für diese Situation finden können, werden wir uns nicht verweigern. Aber wir sind nicht am Zug. Unsere Situation ist klar und unverändert: Die Wählerinnen und Wähler haben uns am 24. September in die Opposition geschickt – Frau Merkel hat den klaren Auftrag zur Regierungsbildung erhalten und Neuwahlen zu verhindern. Dass sie dem bislang nicht gerecht werden konnte, entbindet sie noch lange nicht von diesem Auftrag. Wenn die Unionsparteien nun mit einem Finger auf die SPD zeigen, zeigen drei Finger auf sie zurück. Also: Frau Merkel, Sie sind am Zug!

Eure Sabine



SPD STEHT AN DER SEITE DER SIEMENS-MITARBEITER

Gemeinsam mit den Betriebsräten gegen Arbeitsplatzabbau

Mit dem geplanten Stellenabbau bei Siemens könnten tausende Beschäftigte ihren Job verlieren. Die SPD-Bundestagsfraktion steht an ihrer Seite und hat das Thema am Dienstag mit einer aktuellen Stunde auf die Tagesordnung des Bundestages gesetzt. Gemeinsam mit Siemens-Betriebsräten setzten die SPD-Abgeordneten vor dem Reichstag ein Zeichen. Rund 6900 Arbeitsplätze will der Siemens-Konzern in der Kraftwerks- und Antriebstechnik weltweit in den nächsten Jahren streichen, etwa die Hälfte davon in Deutschland. Arbeitsplätze sind vor allem in Berlin und Ostdeutschland bedroht: Werke in Görlitz und Leipzig sollen geschlossen werden, dem Werk in Erfurt droht der Verkauf. Dieser Arbeitsplatz-Abbau wäre katastrophal für die Beschäftigten ebenso wie für die betroffenen Regionen. Die ohnehin schwachen Industriestrukturen in Ostdeutschland würden erheblich geschädigt: Abwanderung von Expertise, jungen Menschen und Kaufkraft wären die Folgen.

Die SPD-Bundestagsfraktion steht klar an der Seite der Siemens-Beschäftigten. Schon vor der Aktuellen Stunde im Bundestag hatten sich deshalb die SPD-Fraktionsvorsitzende Andrea Nahles und Martin Schulz mit Siemens-Beschäftigten und -Betriebsräten vor dem Reichstagsgebäude getroffen. Etliche von ihnen verfolgten anschließend die Debatte von der Besuchertribüne des Bundestages.

Darin nannte Martin Schulz das Vorgehen der Siemens-Konzernleitung verantwortungslos, vor allem mit Blick auf die eigentlich gute wirtschaftliche Lage von Siemens. „Der Konzern leidet nicht Not, sondern macht Rekordgewinne.“ Von der Konzernführung forderte Schulz, Verantwortung zu übernehmen. „Gerade in Ostdeutschland dürfen wir nicht Werke schließen, sondern müssen Perspektiven aufzeigen.“ Die Siemens-Pläne seien schwere Schläge für Regionen und Menschen, die eigentlich Stabilität bräuchten. „Es ist inakzeptabel, dass ein Konzern seine Mitarbeiter bluten lässt für die Folgen von schlechtem Management.“

Für die SPD-Fraktion ist der geplante Stellen-Abbau deshalb nicht hinnehmbar, auch weil Siemens eine vor zehn Jahren geschlossene Vereinbarung zur Standort- und Beschäftigungssicherung nicht mehr einhalten will. Die Stärke der deutschen Wirtschaft liege im gegenseitigen Vertrauen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern, sagte Schulz. Dieses Vertrauen habe Siemens gebrochen.



DREYER: „ES IST IN UNSEREM INTERESSE, DASS OPEL EINE GUTE, NACHHALTIGE UND STABILE ZUKUNFT HAT“

Landesregierung setzt sich weiter für Erhalt der Standorte ein

„Die Übernahme durch PSA ist für Opel eine Chance“, erklärte Ministerpräsidentin Malu Dreyer bei einer aktuellen Debatte im Landtag. „Es ist unser aller Interesse, dass Opel eine gute, nachhaltige und stabile Zukunft hat.“ Sie begrüßte den Erhalt der Marke Opel, die Sicherung aller Standorte, den Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen sowie die Modernisierung der Werke nach der Übernahme durch PSA. Die Strategie von PSA zur Elektromobilität lobte die Ministerpräsidentin. So könne Opel die CO₂-Ziele der EU erreichen. Danach soll jedes Modell so angelegt werden, dass es mit Elektromotor oder Verbrennungsmotor gebaut werden kann.

Die Landesregierung werde sich nun mit Nachdruck dafür einsetzen, dass es bei der Umsetzung des „Zukunftsplans PACE“ zu guten Ergebnissen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Standorte komme. Dabei stehe sie in engem Kontakt mit der Geschäftsführung und dem Betriebsrat. Ihre Forderung sei, dass das Management die Arbeitnehmervertreter sehr offen über die Situation informiere und in die konkreten Maßnahmenpläne einbeziehe. Für die Verhandlungen müssten Management und Arbeitnehmervertreter sich die dafür notwendige Zeit nehmen. „Die Sicherung der Arbeitsplätze und die Mitbestimmung sind dabei unverzichtbar“, erklärte Ministerpräsidentin Malu Dreyer. Die Zusage, dass die Tarifverträge eingehalten würden, liege bereits vor. Die Situation sei jedoch eine Herausforderung für alle Beteiligten.

„Rheinland-Pfalz ist Opel-Land. Die Bedeutung für den Arbeitsmarkt in Rheinland-Pfalz mit 2.100 Beschäftigten in Kaiserslautern und einer Vielzahl von Einpendlern nach Rüsselsheim ist herausragend und von immenser Bedeutung für Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen sowie deren Familien“, unterstrich die Ministerpräsidentin. Kaiserslautern sei ein attraktiver Standort und wichtiges Motorenwerk. Dies gelte es fortzuentwickeln.



35 JAHRE ERFOLGREICHE PARTNERSCHAFT MIT RUANDA

Im Jahr 1982 war es ein Briefwechsel zwischen dem ehemaligen Ministerpräsidenten Bernhard Vogel und dem damaligen Präsidenten Juvénal Habyarimana, der die Basis für die folgende Partnerschaft zwischen Rheinland-Pfalz und Ruanda legte. Im Mittelpunkt stehen seitdem die direkte Zusammenarbeit und der Austausch der Menschen beider Länder. Es entwickeln sich stets aufs Neue Begegnungen und Freundschaften auf Augenhöhe.

In 35 Jahren sind über 200 Schulpartnerschaften entstanden. Hinzu kommen acht Kindergärten, drei Universitäten und vier Fachhochschulen sowie 14 Pfarreien und weitere 55 Vereine, Stiftungen, Organisationen, die aktiv Kontakte mit ihren Partnern in Ruanda pflegen. Auf der kommunalen Ebene sind es derzeit 50 Kommunen, die Beziehungen mit Ruanda unterhalten. Zahlen, die deutlich den Charakter der Graswurzelpartnerschaft belegen.

Ministerpräsidentin Malu Dreyer unterstreicht: „Die Partnerschaft hat in der ruandischen Bevölkerung einen hervorragenden Ruf und ist auch in der rheinland-pfälzischen Bevölkerung tief verankert. Sie ist aufgrund der breiten Zustimmung und dank der Unterstützung durch den Landtag und die Landesregierung ein Teil der politischen Kultur in Rheinland-Pfalz geworden.“ Die Ministerpräsidentin wird im kommenden Jahr in das afrikanische Partnerland reisen. Im kommenden Jahr ist zudem ein Besuch von Umweltministerin Ulrike Höfken im Partnerland geplant.

„Alle Beteiligten leitet der Grundgedanke der Hilfe zur Selbsthilfe. Bei acht Reisen, die ich selbst bislang nach Ruanda unternehmen durfte, habe ich erlebt, dass dies hervorragend funktioniert. Aus Ideen wurden Pläne. Daraus entwickelten sich Projekte und ein Jahr später wiederum konnte ich erleben, wie diese mit Leben gefüllt waren“, verdeutlicht auch Innenminister Roger Lewentz den Erfolg der Partnerschaft.

Der Ministerrat hat heute einen entsprechenden Bericht des Innenministers zur Kenntnis genommen. Dabei wurde auch bekräftigt, dass Rheinland-Pfalz die gesellschaftliche und politische Entwicklung in Ruanda weiterhin sehr aufmerksam beobachten will.



ARBEITSMARKTINITIATIVEN 2018/19: FACHKRÄFTE-SICHERUNG DURCH ENTWICKLUNG VON POTENZIALEN

27 Mio. Euro von Land und ESF für Arbeitsmarktinitiativen in 2018

Die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten ist in Rheinland-Pfalz mit aktuell 1,38 Millionen auf dem höchsten Stand seit Einführung der Statistik. Dem gegenüber entwickelt sich die Arbeitslosigkeit seit Jahren rückläufig und ist aktuell auf einem historischen Tiefstand. Dennoch profitieren nicht alle Menschen gleichermaßen von diesem wirtschaftlichen Aufschwung.



Das rheinland-pfälzische Arbeitsministerium und die Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland der Bundesagentur für Arbeit haben dazu ein Programm mit Initiativen zur Arbeitsmarktintegration für die Jahre 2018 und 2019 entwickelt. Bei der Vorstellung der Arbeitsmarktinitiativen 2018/2019 unterstrichen Ministerin Bätzing-Lichtenthäler und

die Vorsitzende der Geschäftsführung der Regionaldirektion Rheinland-Pfalz-Saarland, Heidrun Schulz, das gemeinsame Ziel, dass möglichst viele Menschen die Chance erhalten, am Arbeitsleben teilzunehmen und aus eigener Kraft ihren Lebensunterhalt zu verdienen. „Unser gemeinsames Anliegen sind ein weiter hoher Beschäftigungsstand, der Abbau der Langzeitarbeitslosigkeit und die Sicherung des Fachkräftebedarfs für den Standort Rheinland-Pfalz“, betonten Bätzing-Lichtenthäler und Schulz.

„Die Arbeitsmarktinitiativen 2018/2019 konzentrieren sich auf Zielgruppen, bei denen eine Integration in den ersten Arbeitsmarkt trotz guter Beschäftigungslage schwierig ist. Rheinland-Pfalz fördert deshalb mit Mitteln des Europäischen Sozialfonds sowie arbeitsmarktpolitischen Landesmitteln Projekte und Initiativen für langzeitarbeitslose Menschen, Geflüchtete und Menschen mit Behinderungen. In diesem Jahr werden insgesamt 225 Projekte gefördert. Die arbeitsmarktpolitischen Mittel des ESF sowie des Landes betragen in 2018 rund 27 Millionen Euro.

„Die Agenturen für Arbeit und Jobcenter haben ein vielfältiges Angebot, um gerade diese Frauen und Männer bei der Integration in den Arbeitsmarkt zu unterstützen. Hierzu zählen beispielsweise die Probebeschäftigung, Hilfen zur Arbeitsplatzausstattung, Arbeitsgelegenheiten, Eingliederungszuschüsse an Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber“, so Heidrun Schulz. „Die können ebenso wie Qualifizierungen zur Integration angeboten werden, entsprechende Finanzen stehen zur Verfügung.“

Die Förderinstrumente der Bundesagentur für Arbeit werden durch die Landesregierung über landeseigene Förderansätze und Instrumente aus dem Europäischen Sozialfonds sowie durch arbeitsmarktpolitische Mittel des Landes jeweils dort flankiert, wo ein ergänzender Bedarf besteht. Dabei kommt es vor allem darauf an, dass die Angebote sinnvoll verzahnt und aufeinander aufbauen. Die Bundesagentur für Arbeit bringt dabei ihre Kernkompetenzen der Beratung und Vermittlung von Arbeitslosen, Beschäftigten und Arbeitgebern ein.

JETZT BEWERBEN FÜR „WOHNPUNKT RLP“!

Land unterstützt Aufbau von Wohn-Pflege-Gemeinschaften

Kleine ländliche Gemeinden in Rheinland-Pfalz, die eine Wohn-Pflege-Gemeinschaft für ältere Menschen aufbauen wollen, können sich um eine professionelle Begleitung durch das Landesprojekt „WohnPunkt RLP“ bewerben. Damit startet dieses Angebot in die fünfte Auswahlphase. Bewerbungsschluss ist der 12. Januar 2018.

„Wohn-Pflege-Gemeinschaften werden immer stärker nachgefragt“, betonte Sozialministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler. „Gerade im ländlichen Raum hat das Thema Wohnen im Alter und bei Pflegebedarf eine große Bedeutung. Viele Menschen wollen auch dann nicht ihr Heimatdorf und die gewohnte Umgebung verlassen, wenn sie nicht mehr alleine wohnen können und bereits auf Unterstützung und Pflege angewiesen sind. Wohn-Pflege-Gemeinschaften bieten hier eine gute Lösung.“ Das Projekt WohnPunkt RLP ist Teil des Zukunftsprogramms „Gesundheit und Pflege – 2020“ des Ministeriums für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie. Es wird vom Land finanziert und von der Landeszentrale für Gesundheitsförderung in Rheinland-Pfalz e.V. (LZG) durchgeführt. WohnPunkt RLP startete im Oktober 2014 und hat bis Ende 2017 schon 28 Gemeinden begleitet.



„Bürgerschaftlich eingebettete Modelle in kleinen ländlichen Dörfern brauchen eine spezielle Begleitung beim Aufbau, da oft das Know-how fehlt. WohnPunkt RLP bietet dies“, so Dr. Matthias Krell, Geschäftsführer der Landeszentrale für Gesundheitsförderung. Die Koordinierungsstelle WohnPunkt RLP in der LZG organisiert gemeinsam mit den Ansprechpartnern in der Gemeinde den Planungs- und Gründungsprozess einer Wohn-Pflege-Gemeinschaft vor Ort und stellt den Initiativen professionelle externe Begleiter zur Seite. Die LZG koordiniert in der Planungsphase die Kommunikation mit den verschiedenen Akteuren, sorgt für die erforderlichen Schritte zur Umsetzung und begleitet die regionalen Vorhaben durch den Realisierungsprozess. Teilnehmende Kommunen profitieren auch vom Austausch mit anderen Gemeinden.

Interessierte finden Informationen auf der Internetseite www.wohnpunkt-rlp.de unter dem Menüpunkt „Neue Bewerbungsphase“. Dort steht auch das Antragsformular zum Download bereit.

Kontakt in der LZG:

Landesberatungsstelle Neues Wohnen Rheinland-Pfalz
Frau Petra Mahler

Frau Stephanie Mansmann
Frau Astrid Grunewald-Feskorn

Telefon: 06131 2069-20
E-Mail: pmahler@lzg-rlp.de

